

POLITIK KOMPAKT

Seehofer: Ansehen gesunken



Auch CSU-Anhänger sind enttäuscht: Horst Seehofer.

MÜNCHEN Bisher hielt Bundesagrarminister Horst Seehofer Wähler und CSU-Basis für seine Verbündeten. Doch auf die einst große Fan-Gemeinde kann der derzeit bekannteste Fremdgerher nicht mehr zählen: Nach einer Forsa-Umfrage für die AZ hat er drastisch an Sympathie verloren, seit sein Doppelleben mit einer Geliebten in Berlin öffentlich wurde. 53 Prozent der Bayern sind überzeugt, dass das Ansehen Seehofers, der sich um den CSU-Vorsitz bewirbt, in den vergangenen Monaten gesunken ist. Bei den Frauen und CSU-Anhängern sind es sogar 55 Prozent.

Nur 37 Prozent glauben noch, dass Seehofers Liebesleben zwischen Geliebter und Ehefrau in Ingolstadt keinen Einfluss auf seine Reputation hat. Eine Umfrage für die „Bunte“ ergab, Seehofer soll bei seiner Ehefrau bleiben: 43 Prozent sprachen sich dafür aus. Seine Geliebte hatte in der Nacht zum Donnerstag eine gemeinsame Tochter zur Welt gebracht.

Alle Details der Forsa-Umfrage lesen Sie morgen in der AZ.

Rücktritt nach 24 Stunden

BREMEN Am Montagmittag wurde er als Finanzsenator von Bremen vorgestellt, am Dienstagmittag verkündete Ulrich Nußbaum (parteilos) seinen Verzicht auf dieses Amt. Zur Begründung sagte er, die SPD habe ihn nun zwingen wollen, in die Partei einzutreten. Er war auch schon in der großen Koalition des Landes seit 2003 auf SPD-Vorschlag für die Finanzen zuständig.

Buntes Bündnis für Patientenverfügung

BERLIN Eine Gruppe von 75 Abgeordneten von SPD, FDP, Grünen und Linken haben sich fraktionsübergreifend auf einen Gesetzesvorstoß für eine Patientenverfügung geeinigt. Er sieht ein starkes Selbstbestimmungsrecht vor. Demgegenüber steht ein von der Union dominierter Antrag, der sie ausschließlich für unumkehrbar zum Tod führende Krankheiten zulassen will.

Kaczynski fühlt sich bedroht

WARSCHAU Je näher der EU-Gipfel rückt, desto härter die Fronten: Polens Premier Jaroslaw Kaczynski beschwerte sich gestern, er werde von anderen EU-Mitgliedern „bedroht“. „Wir lassen nicht zu, dass Polen anders als die übrigen Staaten behandelt wird.“ Polen besteht als einziges EU-Land auf der Einführung eines so genannten Quadratwurzel-systems zur Stimmengewichtung.

Grenzübergänge zum Gazastreifen dicht



Verletzte liegen am Grenzübergang Eres: Die waren in einen Schusswechsel geraten.

Menschenrechtsgruppen warnen vor einer prekären Versorgungslage. Die Fatah, die nur noch das Westjordanland regiert, brach jeden Kontakt zur Hamas ab. Der israelische Regierungschef Ehud Olmert traf in Washington US-Präsident Bush zu einem Krisen-Gespräch.

Taliban drohen Deutschland

KAUBUL Auf einem Videoband, das dem US-TV-Sender ABC vorliegt, drohen die radikalislamischen Taliban mit Anschlägen in Deutschland, England, den USA und Kanada. Angeblich hätten sich bereits 300 „Martyrer“, darunter auch Zwölfjährige, auf den Weg in den Westen gemacht, so die Taliban auf dem Video.

GLÜCKSSAHLEN

Keno: 4, 9, 15, 16, 17, 18, 25, 29, 49, 61, 65, 69
31, 33, 39, 40, 42, 43, 45, 48, plus 5: 15566 (Ohne Gewähr)

Abendzeitung IMPRESSUM

Gegründet von Werner Friedmann
Anneliese Friedmann, Dr. Johannes Friedmann
Herausgeber: Ulrich Buser
Chefredakteur: Michael Radtke
Stellvertreter: Torsten Fricke
Produktionsleitung: Gerrit Faust
Chef vom Dienst: Karl E. Dittrich
Chefreporter: Fritz Janda, Matthias Maus
Autoren: Michael Grill, Detlef Vetten
Verantwortliche Redakteure: München/Bayern: Georg Thanscheld, Stellv: Detlef Vetten; Politik: Torsten Fricke; Seite 3: Matthias Maus; Wirtschaft: Heiner Sieger; Leben: Renate Schramm; Kultur: Volker Isfort; Sport: Gunnar Jans; Landespolitik: Angela Böhm; Kommunalpolitik: Willi Bock; Karl-Maria Eberle; Michael Schilling; Anja Timmermann
Weitere leitende Redakteure: Layout: Susanna Schemberg
Fotos: Angelika Roessler
Anzeigenleiter: Horst Rettig (verantwortlich)
Vertriebsleiter: Volker Winzer
Alle Sendlinger Straße 10, 80331 München
Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 1. Oktober 2006. Tägliches Abonnement monatlich Euro 23,40, bei Postzustellung Euro 24,40. Abbestellungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.
Aboservice: 089/23 77-111, Fax: 089/23 77-276, Mail: aboservice@abendzeitung.de
Druck: Süddeutsche Satz-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach-Gerlindener
Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder wegen vom Verlag unverschuldeter Arbeitskämpfe besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
Verlag DIE ABENDZEITUNG
GmbH & Co KG
Sendlinger Straße 10, 80331 München
Telefon 089/23 77-0
Anzeigen/Fax: 089/23 77-209 • E-Mail: anzeigen@abendzeitung.de
Redaktion/Fax: 089/23 77-729 • E-Mail: redaktion@abendzeitung.de
Vertrieb/Fax: 089/23 77-274 • E-Mail: vertrieb@abendzeitung.de
Allpapieranteil bis zu 70 %

Ein Konsens auf dem kleinsten Nenner



Koalition für höheren Pflegebeitrag und gegen Mindestlohn

BERLIN Die Runde tagte bis kurz vor drei Uhr in der Nacht zum Dienstag. Sieben Stunden lang hatten die Spitzen von Union und SPD zuvor um die Themen Mindestlohn und Pflege gerungen. Die Ergebnisse, die die Parteichefs Kurt Beck (SPD) und Edmund Stoiber (CSU) sowie Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) vor dem Kanzleramt bekanntgaben, kommen einem Minimumkompromiss gleich. Die AZ listet die Details auf.

Niedriglohnssektor: Einen gesetzlichen Mindestlohn wird es nicht geben. Stattdessen soll das Entsendegesetz für weitere Branchen geöffnet werden.

In diesen Branchen könnten die Tarifparteien dann Mindestlöhne vereinbaren und allen Betrieben verbindlich vorschreiben. Unklar ist aber, auf welche Branchen genau das Entsendegesetz ausgeweitet werden darf. Die Regel soll nur für Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent gelten. Knapp an der Grenze stehen zum Beispiel Friseur und Gastronomie.

Verhindert werden sollen Hungerlöhne auch in Betrieben, deren Chefs sich nicht an Tarifverträge halten: Für diese Fälle soll ein steinaltes Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen aus dem Jahr 1952 aktuali-

siert werden. Dieses Regelwerk ermöglicht eine staatliche Lohnfestsetzung. Ein Verbot sittenwidriger Löhne ist vom Tisch. „Die SPD war nur bereit, wenn eine so genannte Lohn-Unterschranke eingezo-gen wird“, sagte Kauder. „Das wäre dann ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn gewesen.“ Der vernichte aus Sicht der Union Arbeitsplätze.

Pflege: Der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte. Im Gegenzug werden die Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 0,3 Punkte gesenkt – bereits ab 1. Januar 2008. Weil die Rentner von geringeren Ar-



Will den gesetzlichen Mindestlohn jetzt eben „irgendwann ohne die Union“ einführen: Vizekanzler und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) gestern vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Fotos: dpa

beitslosenbeiträgen nichts haben, soll es 2008 eine Rentenerhöhung geben. Mit der An-

hebung der Pflegebeiträge ist die Finanzierung zusätzlicher Leistungen jedoch nur bis 2015 gesichert. Verbesserungen für Demenzkranke: Sie bekamen bisher kaum Leistungen, wenn sie körperlich fit waren. Künftig gibt's für sie bis zu 2400 Euro im Jahr. Außerdem werden die seit 1995 eingefrorenen Pflegesätze erhöht: Im ambulanten Bereich steigen sie in Pflegestufe I von 2008 bis 2012 schrittweise von 384 auf 450 Euro, in Stufe II von 921 auf 1100 Euro und in Stufe III von 1432 auf 1550 Euro. Für pflegende Angehörige wird ein Rechtsanspruch geschaffen, sich sechs Monate unbezahlt vom Job freistellen zu lassen. **Meinung S.3**

»Emotionale Entladungen« bei der SPD

Vizekanzler Müntefering äußert Zorn und Empörung über die Union

BERLIN Es war ein denkwürdiger Auftritt – und eine offene Kampfansage an die Union: „Das ist aus meiner Sicht kein Kompromiss“, kommentierte Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) gestern das Ergebnis

des nächtlichen Regierungsgipfels. Die Verständigung von Union und SPD auf eine Ausweitung des Entsendegesetzes sei nur „die halbe Miete“, sagte der Vizekanzler, dem die Verbitterung anzusehen war. Er ziehe aus der langen Sitzung die Lehre, dass man den Mindestlohn nicht gemeinsam mit der Union machen könne, sondern irgendwann gegen die Union

machen müsse. „Ich glaube, die Koalition hat eine Chance vertan.“ Der Ton im achten Stock des Kanzleramts sei meistens „mitteleuropäisch zivilisiert“, manchmal aber auch recht laut gewesen, berichtete Müntefering. „Mit Zorn und Empörung“ habe er etwa zur Kenntnis genommen, dass CDU und CSU ein Verbot sittenwidriger Löhne torpedierten.

Von „emotionalen Entladungen“ auf SPD-Seite während des Nachtgipfels wusste auch CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer zu berichten. Insgesamt könnten aber beide Partner mit dem Ergebnis „mehr oder minder zufrieden“ sein: „Ich glaube, es war bei allen das Gefühl vorhanden, dass man zwei Themen abgeräumt hat, die schwierig waren.“

»Europa am Abgrund«

Drei Gründe, warum Angela Merkel jetzt die EU retten muss

VON WERNER WEIDENFELD

Europa ist geprägt von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Vor dem entscheidenden Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU zur Zukunft der Europäischen Verfassung am Donnerstag und Freitag dominiert die Vielstimmigkeit. Doch anstelle von taktischen Manövern ist von der Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, ein reifer historischer Schritt der politischen Rettung gefragt. Es geht um Europas weltpolitische Mitverantwortung, seine Handlungsfähigkeit und seine Möglichkeit, Identität zu stiften.

1. Europas weltpolitische Mitverantwortung

Die Epoche der Globalisierung hat die europäischen Staaten zu klein werden lassen, um die großen Probleme lösen zu können. Internationale Krisenherde, weltweiter Terrorismus, Wettbewerbsdruck, Klimawandel, Ressourcenengpässe, Migration – Europa ist durch die weltpolitischen Risiken extrem gefährdet. Deshalb muss die EU in ihrem eigenen Interesse einen großen weltpolitischen Stabilitätsbeitrag leisten. Zwar hat die EU den größten Binnenmarkt der Welt, sie verfügt mit dem Euro über eine der stärksten Währungen weltweit, sie ist ein wichtiger Partner bei der internationalen Krisenbewältigung. All dies hat die EU wirklichen können – jedoch ohne ein strategisches Profil. Komplizierte und langwierige Verfahren lähmen die Entscheidungsfindung. Die Dramatik, mit der Europa als weltpolitischer Akteur gefordert ist, ist von historischer Größenordnung. Angesichts der möglichen Beiträge Kroatiens, der Westbalkanstaaten und der Türkei wird sich die Situati-



Viel Wirbel um viel Papier: Die Reform des Verfassungsvertrags wird im Mittelpunkt des EU-Gipfels am Donnerstag und Freitag in Brüssel stehen.



»Es droht das Scheitern der europäischen Integration«: AZ-Autor Werner Weidenfeld bei einer Diskussion mit Kanzlerin Angela Merkel.

on künftig noch weiter verschärfen.

2. Europas Handlungsfähigkeit

Bei 27 Mitgliedsstaaten ist klar, dass die uneingeschränkte Durchsetzung eines nationalen Wunschkatalogs nicht mehr möglich ist. Ein Ausufer der Diskussionspunkte darf es auf dem Gipfel daher nicht geben. Statt eines neuen Textmonstrums ist ein präziser Änderungsvertrag gefragt, der die strategische Qualität der EU stärkt. Vorrang haben müssen die Korrektur der Entscheidungsprozesse, die Sicherung der Demokratie, die Stärkung der Institutionen und das Ermöglichen weltpolitischen Handelns. Lässt sich die Kanzlerin auf zu große Zugeständnisse ein, wird es wie-

der nur einen kränkelnden Kompromiss geben.

Ein Thema dominiert derzeit die öffentliche Debatte: das Abstimmungsverfahren im Ministerrat. Die undurchschaubare Machtverteilung ist zum Skandal geworden. Derzeit haben die großen Staaten 29 Stimmen, die kleinsten Staaten drei. Deutschland aber hätte gemessen an seiner Bevölkerung 767 Stimmen, Frankreich 554, Großbritannien 552 verdient. Dieses machtpolitische Ungleichgewicht ist auf

Dauer nicht mehr hinnehmbar. Die Einführung der „doppelten Mehrheit“ ist daher die Schlüsselqualifikation auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie. Die Zahl der Bürger und der Staaten als alleinige Kriterien für europäische Entscheidungen könnten die strukturellen Probleme der EU weitgehend beheben.

Besonderes Aufsehen erzeugt Polens Alleingang bei der Ablehnung dieser Stimmverteilung. Die übrigen Mitgliedstaaten sehen in dieser Egozentrik einen Verstoß gegen die Gemeinschaftsidee. Hinzu kommt, dass sich Polen vor allem gegen Deutschland wendet. Aber gerade Deutschland hatte für die besonders starke Stellung Warschau gekämpft. Fehlende Dankbarkeit der polnischen Regierung

wird von allen mit merkwürdigen Gefühlen registriert. Im elementaren Kern geht es um die Absage an die demokratische Gestaltungsidee, die von der Führung Polens vollzogen wird.

3. Europas Identität

Scheitert der Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, steht Europa am Abgrund. Die ohnehin niedrige Zustimmung der Bürger zu Europa würde weiter dramatisch sinken. Die Frage, was das besondere Europäische sei, würde weiterhin nur mit vagen Floskeln beantwortet werden. Eine politische Ordnung, die keine strategische Perspektive kennt, wird ihre Identität verlieren. Es droht das endgültige Scheitern des Projekts der europäischen Integration. Angesichts der hohen politischen und wirtschaftlichen Kosten eines Zerfalls der EU kann dies jedoch nicht im Interesse der Reformgegner liegen. Beim kommenden Gipfel geht es daher um sehr viel mehr als das übliche taktische Geplänkel.

Das ist AZ-Autor Prof. Weidenfeld

Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung (CoAoP) an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Außerdem ist er Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung.